



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

XXXX

Drucksache XVIII-A XXX
Datum 26.11.2009

Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion

„Kolbenschmidt Pierburg AG“-Gelände in der Friedensallee

In einer Nacht- und Nebelaktion hatte der Autozulieferer „Kolbenschmidt Pierburg AG“ am Wochenende 31.10./1.11.2009 sein Hamburger Werk an der Friedensallee endgültig geschlossen und mit der Demontage von Produktionsanlagen begonnen. Dafür engagierte das Kolbenschmidt-Management extra einen Sicherheitsdienst, der dafür sorgte, dass keiner der zuletzt 188 Beschäftigten mehr Zugang zum abgeriegelten Werk und den Arbeitsplätzen fand. Sogar der Betriebsrat wurde ausgesperrt und konnte erst nach Verhandlungen mit der Geschäftsleitung durchsetzen, dass er auf das Gelände darf. In dem Werk wurde bereits eine von insgesamt fünf Produktionslinien abgebaut. Kolbenschmidt hatte zuvor angekündigt, den Betrieb in Hamburg wegen hoher Verluste schließen zu wollen. Gleichzeitig sollen Teile der Produktion nach Neckarsulm verlagert werden, wo das Unternehmen seinen Hauptstandort hat. Schon Monate zuvor wurde in dem Werk Kurzarbeit gefahren, die von der „Agentur für Arbeit“ gefördert wurde, um so Arbeitsplätze zu retten. Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die Hamburger „Agentur für Arbeit“, nachdem das geplante Aus für die Hamburger Produktion bekannt wurde, die Zahlung von Kurzarbeitergeld an Kolbenschmidt jedoch schon seit Ende September eingestellt. Das Unternehmen hatte seine Mitarbeiter per Brief und am Wochenende sogar per Telefon darüber informiert, dass in Hamburg „Kurzarbeit Null“ gefahren werde. Allerdings wird Kolbenschmidt wohl so lange die Gehälter überweisen müssen, bis man sich mit dem Betriebsrat auf einen Sozialplan und einen Zeitplan für die Werksschließung geeinigt hat.

Insgesamt ist dieses rüde Vorgehen der Konzern- und Betriebsleitung ungewöhnlich hart und arbeitnehmerfeindlich. Obwohl eine Werksschließung bereits 2007 öffentlich diskutiert wurde, überrascht dieses Arbeitgeberverhalten und ist zu verurteilen. Aus kommunalpolitischer Sicht ist die Werksschließung ein schwerer Aderlass für den Bezirk, denn es ist ureigenes Interesse der Altonaer Politik, Arbeitsplätze zu sichern. Gerade die industrie- und strukturpolitisch negativen Erfahrungen wie bei der „Elbschloss-Brauerei“, der Werksschließung „Asche AG“ in der Fischers Allee sowie die Werksverlagerungen von „Aal Friedrichs“ und „Kühne AG“ sind Anlass genug, auf bezirklicher Ebene zu reagieren und entsprechende Signale an den Konzern zu senden, dass eine mögliche Veräußerung der Flächen mit dem Ziel, dort – wie an vielen Stellen in Altona bereits geschehen – hochprofitablen Wohnungsbau zu realisieren, mit einem Bebauungsplan nicht abgesichert werden würde.

Die Bezirksversammlung möge auf Antrag der Stadtteilerpartei SPD beschließen:

1. Die Bezirksversammlung rügt das Konzernmanagement, die Schließung des Werkes auf diese unübliche und äußerst arbeitnehmerfeindliche Art und Weise vollzogen zu haben.
2. Das nach Baupolizeiverordnung als Industriegebiet festgesetzte Ausweisung des Geländes soll planrechtlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geändert werden.
3. Zum gegebenen Zeitpunkt soll das Industriegebiet als Gewerbegebiet für mittelständische Gewerbebetriebe mit Ausschluss von Freizeiteinrichtungen und Einzelhandel dauerhaft gesichert werden. Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, in diesem Sinne ein Konzept zu erstellen und die notwendigen planrechtlichen Schritte einzuleiten.
4. Um diese Ziele zu erreichen, wird die Finanzbehörde aufgefordert zu prüfen, ob sie das Grundstück käuflich erwirbt.
5. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, der Konzernleitung und dem Hamburger Wirtschaftssenator diese Willenserklärung zu übermitteln.

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.